

Der Krieg in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine hat nicht mit dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 begonnen, sondern hat eine lange Vorgeschichte, die eine einseitige Schuldzuweisung gegen Russland, wie sie - medial verbreitet aber auch in Teilen der Friedensbewegung vorgenommen wird, nicht zulässt.

Der Krieg wird von der Ukraine seit acht Jahren gegen die Bevölkerung im Donbass geführt – mit gezielter Zerstörung ziviler Infrastruktur, permanentem Bruch von Waffenruhen und mit dem Terror faschistischer Armee-Einheiten. Der Krieg gegen den Donbass kostete 14.000 Menschenleben. Vorausgegangen ist der von der EU und Deutschland beförderte und unter Einbeziehung von Faschisten durchgesetzte Putsch in der Ukraine 2014. Es entstand ein von den USA abhängiger Staat, in dessen Verfassung die NATO-Mitgliedschaft als erklärtes Ziel festgeschrieben wurde. Der Zugriff auf die Ukraine reiht sich ein in die seit 1999 ständig forcierte und wortbrüchige NATO-Osterweiterung mit Drohgebärden und Truppenmanövern an der russischen Grenze.

Die Osterweiterung ist Teil der Aggressions- und Einkreisungspolitik der NATO, die sich nicht nur gegen Russland, sondern auch gegen die Volksrepublik China richtet. Die Ukraine war ein entscheidendes Stück, das zur Einkreisung Russlands vom Westen her fehlte. Der Westen unterstützte bereits 2004 die "orangene Revolution" und griff dann 2014 zum Mittel des Putsches gegen die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine. Das Land sollte Mitglied der NATO und der EU werden, eine Speerspitze gegen Russland.

Die Ukraine, deren Streitkräfte und Polizei mit Faschisten durchsetzt sind, wurde fortan vom Westen hochgerüstet, das Militär vom Westen ausgebildet. Das Minsk-II-Abkommen, das direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien – der Ukraine und den Volksrepubliken des Donbass - vorsah, und 2015 mit der Resolution 2202 des UN Sicherheitsrates verbindlich wurde, wurde von der Ukraine sieben Jahre lang boykottiert - mit Billigung der Garantiemächte Deutschland und Frankreich.

Vor dem russischen Angriff auf die Ukraine hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2022 drohte der ukrainische Präsident mit der atomaren Bewaffnung seines Landes. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Ukraine ihre Truppen an der im Minsk-2-Abkommen festgelegten Kontaktlinie, die mitten durch die Territorien der Volksrepubliken des Donbass verlief, bereits um ein Vielfaches verstärkt. Es war offensichtlich, dass eine ukrainische Offensive in Richtung der von den Regierungen der Volksrepubliken kontrollierten Gebiete dieser Länder

unmittelbar bevorstand. Im März 2021 ordnete der Ukrainische Präsident außerdem die Rückeroberung der Krim und der Stadt Sewastopol an. Würde es zu einer Stationierung von Raketen in der Ukraine kommen, würde die Flugzeit nach Moskau weniger als 5 Minuten betragen.

Für Russland waren damit die roten Linien weit überschritten. Russland hat wiederholt auf seine Sicherheitsinteressen hingewiesen und vielfach versucht, die Lage zu deeskalieren. 2007 versuchte Präsident Wladimir Putin auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Westen zu einem vertraglich vereinbarten Interessenausgleich zu kommen. Der Westen war daran nicht interessiert. Die Versuche der Deeskalation wurden nicht nur ignoriert, sondern bewusst hintergangen. Noch in den letzten Monaten vor dem Ukraine-Krieg versuchte Russland in Verhandlungen über gegenseitige Sicherheitsgarantien mit der NATO einzusteigen. Dieses wurde von der NATO ignoriert.